

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Niklas Schrader und Ferat Koçak (LINKE)

vom 8. April 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 8. April 2024)

zum Thema:

Extrem rechte Einstellungsmuster in der Berliner Polizei – Stand 2024

und **Antwort** vom 22. April 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. April 2024)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE) und
Herrn Abgeordneten Ferat Koçak (LINKE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/18781

vom 8. April 2024

über Extrem rechte Einstellungsmuster in der Berliner Polizei – Stand 2024

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Polizei Berlin ermittelt aufgrund gesetzlicher Zuständigkeit im Kontext politisch motivierter strafbarer Handlungen gemäß den bundeseinheitlichen Kategorien der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) und der Definition des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD). Handelt es sich bei der tatverdächtigen Person um einen Polizeiangehörigen, werden die Ermittlungen vom Fachkommissariat für politisch motivierte Dienstvergehen im Landeskriminalamt (LKA) Berlin – LKA 536 (zuvor EG Zentral) – übernommen.

Auf die in den Fragestellungen verwendeten Formulierungen „extremistische Tendenz[en]“ und „extrem rechte Einstellungen“ kann hier daher nur mit Daten zu Straftaten der PMK gemäß Definition des KPMD im Sinne der Fragestellung geantwortet werden.

1. Bei wie vielen derzeitigen und ehemaligen Beamt*innen und wie vielen derzeitigen und ehemaligen Tarifbeschäftigten der Polizei Berlin welcher polizeilichen Untergliederungseinheiten besteht derzeit der Verdacht auf eine „extremistische Tendenz“ welcher politischen Orientierung? (Bitte Anzahlen jeweils

aufschlüsseln nach LPD und Direktionen, Abschnitten, Dienstgruppen, LKA-Abteilungen und –Dezernate, PA, Dir ZS und jeweiligen Untereinheiten.)

Zu 1.:

Im LKA 536 sind derzeit 20 Sachverhalte in Bearbeitung, bei denen der Verdacht auf politisch motiviertes Fehlverhalten von Bediensteten der Polizei Berlin besteht. Gemäß der Definition des KPMD können die insgesamt 20 Strafermittlungsverfahren und Gefahrenabwehrvorgänge den folgenden politischen Kategorien zugeordnet werden:

politische Kategorie gemäß KPMD	Anzahl der Strafermittlungsverfahren und Gefahrenabwehrvorgänge
PMK -rechts-	16
PMK sonstige Zuordnung (-SZ-)	2
PMK religiöse Ideologie (-RI-)	0
PMK ausländische Ideologie (-AI-)	2
PMK -links-	0

Quelle: interne Datenerhebung LKA 5, Stand: 9. April 2024

Im Folgenden werden die 20 Strafermittlungsverfahren und Gefahrenabwehrvorgänge der o. g. Kategorien differenziert dargestellt. Es sind insgesamt 20 - davon 18 aktive und zwei pensionierte Polizeidienstkräfte – betroffen.

Die aktiven Dienstkräfte werden nachfolgend tabellarisch dargestellten Dienststellen und Phänomenbereichen zugeordnet.

Dienststellenzugehörigkeit und PMK-Zuordnung der 17 aktiven verbeamteten Dienstkräfte:

PMK -rechts-

Dienststelle	Anzahl
LKA	1
Direktion (Dir) 2 (West)	4
Dir 3 (Ost)	2
Dir 4 (Süd)	1
Dir 5 (City)	1
Dir Einsatz/Verkehr	2
Polizeiakademie (PA)	2

Quelle: interne Datenerhebung LKA 5, Stand 9. April 2024

PMK -SZ-

Dienststelle	Anzahl
PA	1

Quelle: interne Datenerhebung LKA 5, Stand 9. April 2024

PMK -AI-

Dienststelle	Anzahl
Dir 5	1
PA	2

Quelle: interne Datenerhebung LKA 5, Stand 9. April 2024

Dienststellenzugehörigkeit und PMK-Zuordnung des aktiven Tarifbeschäftigten:

PMK -rechts-

Dienststelle	Anzahl
Dir E/V	1

Quelle: interne Datenerhebung LKA 5, Stand 9. April 2024

Eine weitergehende Untergliederung ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich.

- a. Inwiefern hat sich die Anzahl der oben genannten derzeitigen oder ehemaligen Tarifbeschäftigten und Beamt*innen gegenüber dem Stand von Drs. 19/16241 gegebenenfalls geändert?

Zu 1. a):

Eine retrograde Recherche hinsichtlich der Veränderungen gegenüber der in der Drs. 19/16241 genannten Zahlen ist im automatisierten Verfahren nicht möglich.

- b. Gegen wie viele der Beamt*innen und Tarifbeschäftigten sind zurzeit Strafermittlungsverfahren aufgrund welcher jeweiligen Deliktvorwürfe anhängig?

Zu 1. b):

Derzeit sind ausschließlich im LKA 536 insgesamt 14 Strafermittlungsverfahren im Sinne der Fragestellung in Bearbeitung, die sich in nachfolgende Delikte untergliedern:

Delikt	Anzahl
--------	--------

Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger/terroristischer Organisationen	1
Verletzung des Dienstgeheimnisses	1
Beleidigung	6
Verdacht einer Straftat	1
Volksverhetzung	5

Quelle: Polizeiliches Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS), Stand: 9. April 2024

Die Strafermittlungsverfahren verteilen sich auf zehn aktive verbeamtete Dienstkräfte, einen aktiven Tarifbeschäftigten sowie zwei pensionierte verbeamtete Dienstkräfte. In einem Fall konnte bislang keine tatverdächtige Person ermittelt werden.

- c. Gegen wie viele der Beamt*innen und Tarifbeschäftigten werden zurzeit Disziplinarverfahren geführt?

Zu 1. c):

Mit Stand vom 4. April 2024 sind 90 Disziplinarverfahren gegen verbeamtete Dienstkräfte wegen Vorwürfen, die einen politisch motivierten Hintergrund erkennen lassen, in Bearbeitung. Daneben sind gegen vier Tarifbeschäftigte arbeitsrechtliche Verfahren wegen eines politisch motivierten Hintergrundes noch nicht abgeschlossen.

- d. Wie verteilen sich jeweils die Anzahl der disziplinarwürdigen und arbeitsrechtlich relevanten Sachverhalte mit welcher jeweiligen politischen Orientierung auf die jeweiligen Farbkategorien der Klassifizierung von z.B. Verfassungstreue oder Wohlverhaltenspflicht?

Zu 1. d):

Das im August 2020 veröffentlichte „Konzept zur internen Vorbeugung und Bekämpfung von möglichen extremistischen Tendenzen“ (sog. 11-Punkte-Plan) sieht eine Klassifizierung disziplinarwürdiger Sachverhalte mithilfe von Farbkategorien vor.

Die 90 Disziplinarverfahren (Stand: 4. April 2024), die verbeamtete Dienstkräfte der Polizei Berlin betreffen, sind demgemäß wie folgt eingeteilt:

Kategorie „rot“	17
Kategorie „orange“	27
Kategorie „gelb“	45

Kategorie „grün“	1
Kategorie „grau“	0

Quelle: interne Datenerhebung Polizeipräsidium Justizariat (PPr Just) 2, Stand: 10. April 2024

Die unter 1. c) aufgeführten arbeitsrechtlichen Verfahren sind allesamt der Kategorie „gelb“ zuzuordnen.

2. Wie viele der Beamt*innen oder Tarifbeschäftigten, bei denen der Verdacht auf eine extrem rechte Einstellung besteht, sind oder waren insbesondere in den Abteilungen des Polizeilichen Staatsschutz, aktuell LKA 5 und LKA 8, in welchen jeweiligen Zeiträumen und in welchen genauen Dezernaten eingesetzt?

Zu 2.:

Auf die Antwort zur Frage 3 der Drs. 19/13214 wird verwiesen.

3. Welche Kenntnisse hat der Senat über eine Kommunikation oder Organisation der unter 1. genannten Beamt*innen und Tarifbeschäftigten – insofern diese auf deren vermeintliche extrem rechte Einstellung zurückzuführen ist,
 - a. in Chatgruppen,
 - b. bei außerdienstlichen Treffen,
 - c. in Gruppierungen der extremen Rechten,
 - d. in welchen anderen Formen des Austauschs oder der Organisation?

Zu 3. a- d):

Im Jahr 2024 wurden dem LKA 536 zwei Chatgruppen bekannt, in denen Inhalte mit Bezügen zur PMK -rechts- bzw. PMK -AI- ausgetauscht wurden. Die Zugehörigkeit der Teilnehmenden zu diesen Chatgruppen resultierte in allen Fällen aus einer gemeinsamen Verwendungsdienststelle. Hinweise auf eine dienststellenübergreifende Vernetzung ohne persönliches Kennverhältnis ergaben sich bislang nicht.

Darüber hinaus sind bislang keine Vorfälle bekannt, bei denen eine Kommunikation zum Zwecke der Vernetzung im Rahmen von außerdienstlichen Zusammenkünften oder unter Beteiligung von Angehörigen rechter Gruppierungen stattfand.

4. Wie viele Netzwerke, Kennverhältnisse, informelle Gruppen etc. mit welcher ungefähren jeweiligen Personenanzahl sind dem Senat bekannt, die sich unter den unter 1. genannten Beamt*innen und Tarifbeschäftigten entlang ihrer vermeintlich extrem rechten Einstellung gebildet haben? Wird dies gezielt ermittelt bzw. erhoben?

Zu 4.:

Dem Senat liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

5. Wie schätzt der Senat die Verflechtung der von der EG Zentral ermittelten Beamt*innen und Tarifbeschäftigten mit dem extrem rechten Spektrum ein?

Zu 5.:

Auf die Antwort zur Frage 6 der Drs. 19/13214 wird verwiesen.

6. Wie schätzt der Senat das Gewaltpotenzial der Beamt*innen und Tarifbeschäftigten ein, bei denen der Verdacht auf eine extrem rechte Einstellung besteht?

Zu 6.:

Auf die Antwort zur Frage 7 der Drs. 19/13214 wird verwiesen.

7. Mit welchen konkreten Maßnahmen wird sichergestellt, dass Polizeibeamt*innen und Tarifbeschäftigte mit extrem rechter Gesinnung nicht die Aufklärung von Straftaten aus dem rechten Spektrum vereiteln, behindern oder diese manipulieren?

Zu 7.:

Auf die Antwort zur Frage 8 der Drs. 19/13214 wird verwiesen.

8. Sind dem Senat gegenüber dem Stand von Drs. 19/16241 konkrete Fälle bekannt, bei denen die mutmaßlich extrem rechte Einstellung der unter 1. genannten Beamt*innen und Tarifbeschäftigten dazu geführt haben könnte, Ermittlungsverfahren zu beeinflussen, zu vereiteln, zu behindern oder zu manipulieren? Wenn ja, wie viele und welche Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen?

Zu 8.:

Dem Senat sind keine entsprechenden Sachverhalte bekannt.

9. Sind bisher gegenüber dem Stand von Drs. 19/16241 Ermittlungsverfahren, mit denen die unter 1. genannten Beamt*innen und Tarifbeschäftigten betraut waren, nach Bekanntwerden des Verdachts auf eine extrem rechte Einstellung einer Überprüfung unterzogen worden?
- Wenn ja, wie viele in wie vielen Verdachtsfällen?
 - Wenn nein, warum nicht?

Zu 9.:

Auf die Antworten zu den Fragen 10. a und b. der Drs. 19/13214 wird verwiesen.

10. Bei wie vielen der unter 1. genannten Beamt*innen und Tarifbeschäftigten, bei denen wegen des Verdachts auf eine extrem rechte Einstellung seit dem Stand von Drs. 19/16241 Strafermittlungsverfahren oder Prüffälle eingeleitet wurden, bestand zudem auch ein Verdacht auf einen dienstlichen Verstoß gegen datenschutzrechtliche Vorschriften?

Zu 10.:

Seit dem Stand von Drs. 19/16241 wurden keine Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen das Berliner Datenschutzgesetz im Sinne der Fragestellung eingeleitet.

11. Wie viele Fälle sind dem Senat bekannt, bei denen neben dem Verdacht auf eine extrem rechte Einstellung entsprechend der unter 1. genannten Beamt*innen und Tarifbeschäftigten auch ein Verstoß gegen datenschutzrechtliche Vorschriften im Dienst (wie beispielsweise unberechtigte Abfragen personenbezogener Daten aus Polizeidatenbanken etc.) vorliegt?

Zu 11.:

Dem Senat sind keine entsprechenden Fälle bekannt.

12. Wie bewertet der Senat gegenüber dem Stand von Drs. 19/16241 die auffällig hohe Zahl der Verdachtsfälle einer extrem rechten Einstellung bei der Polizei Berlin im Vergleich zu anderen Behörden, insbesondere im Hinblick auf die Problematik Racial Profiling?

Zu 12.:

Auf die Antwort zu Frage 12 der Drs. 19/16241 wird verwiesen.

13. Bei wie vielen der unter 1. genannten Beamt*innen und Tarifbeschäftigten kamen oder kommen welche Maßnahmen des „Konzepts zur internen Vorbeugung und Bekämpfung von möglichen extremistischen Tendenzen“ (sog. 11-Punkte-Plan) zur Anwendung?

Zu 13.:

Auf die Antwort zu Frage 13 der Drs. 19/16241 wird verwiesen.

14. Wie viele Beamt*innen und Tarifbeschäftigte der Berliner Polizei wurden jeweils in den Jahren 2020-2024 aufgrund eines politisch motivierten Dienstvergehens aus dem Dienst entlassen?

Zu 14.:

Die Anzahl der auf Grund eines politisch motivierten Dienstvergehens bestandskräftig entlassenen Beamtinnen und Beamten auf Widerruf oder auf Probe sowie der rechtskräftig aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit entfernten Dienstkräfte stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl
2020	1
2021	12
2022	3
2023	1

2024 (Stand: 4. April 2024)	0
gesamt	17

Quelle: interne Datenerhebung PPr Just 2, Stand: 10. April 2024

Davon waren insgesamt

13 Beamtinnen/Beamte auf Widerruf,
zwei Beamtinnen/Beamte auf Probe und
zwei Beamtinnen/Beamte auf Lebenszeit

betroffen.

Die Anzahl der Tarifbeschäftigten, deren Kündigung des Beschäftigungsverhältnisses im Sinne der Fragestellung rechtskräftig ist, stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl
2020	0
2021	2
2022	1
2023	0
2024 (Stand: 4. April 2024)	0
gesamt	3

Quelle: Direktion Zentraler Service Personal B 8, Stand: 11. April 2024

15. Treffen Presseberichte vom 04.04.2024 zu, nach denen das Land Berlin auf Presseanfrage von „Stern“ und RTL keine aktuellen Zahlen zu Polizeibediensteten, bei denen ein Rechtsextremismus-Verdacht besteht, geliefert hat und wenn ja,
- warum hat Berlin keine Zahlen angegeben, obwohl diese erhoben werden?
 - welche Zahlen hätte Berlin als Antwort auf die Presseanfrage angeben müssen?

Zu 15. und 15. a) und b):

Die der Berichterstattung des „Stern“ vom 4. April 2024 zugrundeliegende Presseanfrage hat die Pressestelle der Polizei Berlin am 27. März 2024 beantwortet. Dabei wurde durch die Polizei Berlin mitgeteilt, dass zu diesem Zeitpunkt 96 Disziplinarverfahren in Bearbeitung waren, eine Auswertung nach einzelnen Phänomenbereichen im automatisierten Verfahren jedoch nicht möglich ist. Die Beantwortung ist in dieser Form auch dem Stern-Artikel vom 4. April 2024 (<https://www.stern.de/gesellschaft/hunderte-rechtsradikale-und-mutmassliche-reichsbuerger-in-den-polizeien-der-bundeslaender->

[34596762.html](#)) zu entnehmen. Warum andere Medien dies später so nicht übernommen haben, kann seitens des Senats nicht beantwortet werden.

Berlin, den 22. April 2024

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport